Intensivpatient Gastronomie

Geballter Zorn im Sonderausschuss: Betroffene aus der Branche kritisieren die Sperrstunde des Senats

Von Bernd Matthies

Roberto Manteufel ist Barbesitzer. Das klingt nach Geld und Lebenskunst, doch die Berliner Realität sieht anders aus. Er lebe in einer WG, weil er sich keine eigene Wohnung leisten könne, habe das BVG-Ticket gestrichen und fahre statt dessen nur Rad, sagte der Gastronom am Mittwoch als Gast der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses, die sich ausschließlich mit diesem Thema befasste. Es war ein emotionaler Auftritt, geprägt von der erst am Dienstag getroffenen Entscheidung des Senats, Berlin mit einer Sperrstunde ab 23 Uhr zu überziehen. „Wir fühlen uns verraten und verarscht", sagte er, „wir haben mehr Personal angestellt, haben die Gäste erzogen, haben Desinfektionskonzepte gemacht – und der Lohn ist abermals ein kräftiger Tritt in den Allerwertesten".

Die Sitzung selbst, die politisch kaum wesentliche Gegensätze aufzeigte, profitierte von den mühsam im Zaun gehaltenen Emotionen der Betroffenen, zu denen auch der Hotelier Michael Zehden gehörte. „Ich bin nicht als Jammerer und Bittsteller gekommen", sagt er eingangs, „aber wir müssen ins Auge fassen, was passiert ist, und was uns noch bevorsteht". Der Druck auf die Branche ist noch gestiegen, seit die Berliner Innenstadt weitgehend zum Risikogebiet erklärt wurde, seit Anfang der Woche hagelte es Stornierungen in den Hotels. Vor allem die großen Konferenzhotels seien betroffen, sagte Zehden, weil sie die höchsten Fixkosten und größten Ausfälle zu tragen hätten. Kredite gebe es aber nur gegen zusätzliche Sicherheiten, die kein Hotelier bieten könne. Und im November und Dezember werde es noch schlechter werden. „Wir haben bald Weihnachten, aber es passiert überhaupt nichts."

Seit Anfang der Woche hagelt es Absagen in den Berliner Hotels

Ähnlich äußerte sich Thomas Lengfelder, der Hauptgeschäftsführer des Berliner Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) „Warum wird unserer Branche komplett bestraft?" fragte er, denn es sei in den Betrieben zu praktisch keinem nachgewiesenen Ansteckungsfall gekommen. 12,5 Prozent der Betriebe rechneten nach einer internen Umfrage mit Insolvenz im Oktober, in den Hotels sei der Umsatz pro verfügbarem Zimmer auf 21 Euro, ein Viertel der Zahl von 2019, zurückgegangen, und es gebe bereits 10000 Arbeitslose in der Branche, „die liegt auf der Intensivstation und muss beatmet werden". Lengfelder betonte, es gebe keinen Mangel an Regeln, aber ein Vollzugsdefizit, es werde kaum kontrolliert und noch weniger sanktioniert: „Es herrscht große Wut auf die Leute, die keine Vorschrift einhalten und illegale Partys veranstalten". Aber die Sperrstunde bestrafe gerade die vorbildlich arbeitenden Betriebe.

Die Vertreter der Senatsfraktionen hatten diesem geballten Zorn nur Erklärungen und Bitten um Verständnis entgegen zu setzen. Staatssekretär Christian Rickerts (Grüne) referierte in Vertretung der Wirtschaftssenatorin ausführlich über die Überlegungen, die im Senat zu den jetzt verhängten Regeln geführt hätten und sagte, man habe sich bereits einen Tag nachdem die Ampel auf Rot gesprungen sei, zu Beratungen getroffen, „wir müssen nun gemeinsam daran arbeiten, damit es nicht wird wie in Paris oder Madrid". Er versprach, die Maßnahmen zur Durchsetzung der Regeln zu intensivieren, habe mit den Bezirksbürgermeistern schon darüber verhandelt, Außenbereiche zu erleichtern, „und wir gucken uns an, ob es sinnvoll ist, die Soforthilfe 1 wieder zu öffnen".

Ähnlich argumentierten auch Jörg Stroedter von der SPD und die Grüne Nicole Ludwig. Er halte die Beschlüsse für richtig, denn sie seien der Lage angemessen, sagte Stroedter, der vor allem Bundeswirtschaftsminister Altmaier dafür kritisierte, das von den bundesweit aufgelegten Hilfen nichts in Berlin ankomme, der Ernst der Lage sei offenbar im Ministerium nicht angekommen. Ludwig nannte die Sperrstunde „bitter", aber sie gelte nur bis zum Monatsende, und man müsse die Zeit nutzen, um die Ansteckungsverläufe zu analysieren.

Als aktuelles Schlüsselproblem wurden allgemein die Außenbereiche identifiziert, auf denen die Hoffnungen für einen halbwegs erträglichen Winter ruhen. „Heizpilz" ist das Schlagwort, aber es steht eher übergreifend für eine Reihe von Maßnahmen, die gegenwärtig von jedem Bezirk nach eigenem Ermessen erlaubt oder verboten werden: Wärme in allen mehr oder weniger ökologischen Formen, Außenzelte, überhaupt die bislang untersagte Nutzung des Bereichs zwischen Gehweg und Straße. „geben Sie uns die Chance, alle vorhandenen Außenbereiche zu nutzen", drängte Manteufel und wurde dabei vom CDU-Abgeordneten Frank Henkel unterstützt, der dies die „alles entscheidende Frage" nannte. Er kreidete dem Staatssekretär Rickerts an, dessen Ausführungen hätten ihn ratlos gemacht, „es wird wahnsinnig viel besprochen, aber auch 'ne Menge Luft um die Ecke geschaufelt". Was solle ein Gastronom mit diesen Ankündigungen machen?

Henkel forderte, der Flickenteppich der Regeln müsse vereinheitlicht werden und wendete den Satz seines Parteikollegen Christian Gräff, „ich weiß gar nicht mehr, wer in Berlin überhaupt regiert", ins Positive: Die CDU sei bereit, ihre Hand zur Unterstützung zu reichen, und er wolle die Senatsbeschlüsse nicht kritisieren, weil die Lage offensichtlich kritisch sei. Welche weiteren Hilfsmöglichkeiten gibt es? Michael Zehden brachte seinen Vorschlag einer dreiprozentigen, von den Gästen zu tragenden Corona-Abgabe auf alle Hotelleistungen erneut ins Gespräch, die in den nächsten Jahren einen Rettungsfonds von 70 Millionen Euro erbringen könnte. Sie könne von den Hotels zur Tilgung der Überbrückungshilfen genutzt und erst nach fünf Jahren zurückgezahlt werden. Die Idee ist nicht neu, steht aber vor steuerrechtlichen Hürden, weil der Zuschlag außerhalb der regulären Preisauszeichnung erhoben werden müsste, damit er auch vollständig ankommt und nicht beim Finanzamt verschwindet.

Zehden sagte dazu, er habe das dem Regierenden Bürgermeister schon im Juni vorgeschlagen, dann aber nichts mehr davon gehört. Und auch von der Finanzverwaltung habe er vor einem Monat eine Antwort bekommen, die nur gezeigt habe, dass das Konzept dort nicht verstanden worden sei. Dehoga-Geschäftsführer Lengfelder ergänzte, der Verband schließe sich dem Vorschlag Zehdens an, der selbst viele Jahre Dehoga-Vize in Berlin war.

Ein Nebenschauplatz wurde eher präventiv verhandelt: Conny Weißbach von der Gewerkschaft Verdi stritt für den Einzelhandel gegen den – in der Sitzung aber nicht behandelten – Plan einer Sonntagsöffnung für höhere Umsätze. Der arbeitsfreie Sonntag sei „die beste Burn-out-Prophylaxe" für belastete Mitarbeiter, sagte sie, und dürfe deshalb nicht angetastet werden – zumal er keine zusätzlichen Umsätze generiere. Das stimme nicht, ließ der nicht anwesende Nils Busch-Petersen vom Einzelhandelsverband per Telefon erklären – ein Zeichen dafür, wie groß die Differenzen weiter sind.